

SENetz im Oktober 2020

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



Verehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen, Freunde und Mitglieder in unserer SEN in der CSU,



mit vielen Anderen von Ihnen und Euch, liebe Freundinnen und Freunde in unserer SEN in der CSU, habe ich in den Tagen vor und rund um den 3. Oktober 2020 viel nachgedacht, gelesen und geredet über den sich am 3. Oktober zum 30. Mal jährenden neuen „TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT. Er ist - damit doch auch unser jüngster Feiertag – vorüber. Altersbedingt erinnere ich mich nicht nur aus diesem Anlass an unseren „alten“ Tag der Einheit, den 17. JUNI, der uns, den Wessis, immer wieder ins Gedächtnis rief, dass da der 1989 befreite Teil unseres Vaterlandes eingemauert worden ist und – wie die SED, Vorläuferin der LINKEN heute, immer wieder zu betonen nicht müde wurde - so vor dem kapitalistischen Westteil der Heimat bewahren sollte.

Dass dieser 3. Oktober, der wohl besser am 9. November, dann allerdings zum 31. Mal gefeiert würde, Deutschland gründlich verändert hat, wird niemand bestreiten. Auch die vielen Kommentare bestreiten das nicht. Dennoch: Sie lassen uns das Feiern, das ich für angebracht hielte, eher vergessen, arbeiten sich weitgehend an den übrig gebliebenen Monita ab und verzetteln sich allzu oft und viel in selbstgefälliger Kritik derjenigen, die aus einer seit 1990 ständig hochgeschraubten Erwartungshaltung und der von vielen, auch ins Objektive transferierten persönlich subjektiv enttäuschten Wirklichkeit erwächst. Bei all den Wiederholungen, die ich mit wechselnden Formulierungen aus journalistischer Feder lesen und studieren durfte (und nachzuvollziehen mich zu zwingen hatte), ist mir der Vortrag besonders aufgefallen, den Dr. Hugo Müller-Vogg bei einem eigens angesetzten Festakt zum Einigungsjahrtag in Bad Homburg gehalten hat. Der Vortrag vollzieht den Wandel, dem wir uns anvertraut haben, umfassend nach, nicht grüblerisch, sondern nüchtern, nicht euphorisch, sondern realitätsnah, nicht westverliebt, aber auch nicht ostfremdelnd. Am Ende weiß der Leser, die Leserin, dass ein Mehr an Freiheit und ein Weniger an Gängelung zu anderen Ergebnissen in der Tagespolitik und im gesellschaftlichen Leben führen. Und man registriert ohne echte Überraschung, dass die offene Gesellschaft andere Leistungsergebnisse zu Tage fördert als die staatlich gebremste.

Alle die Erkenntnisse, die Müller-Vogg auflistet, sind nicht neu, aber viele davon längst von den einen vergessen, von den anderen verdrängt. Schon deshalb ist/war es wichtig, die Bilanz zu ziehen, die angesichts der Zahl dreißig uns Deutsche an den berüchtigten Glaubensstreit im gleichnamigen Krieg erinnert. Was damals die Religionsfehden verbrachen, lässt sich – zumindest ich denke so – auch auf die Zeiten der sogenannten DDR im Widerspruch zu freiheitlichen Ordnungen konstatieren. Damals wie gestern und heute ist nicht alles falsch und veränderungspflichtig, was die Gysis in jugendlichem Leichtsinn für angebracht hielten. Korrekturbedarf gibt es auch an und in unserer demokratisch bestimmten Ordnung. Vieles, was als änderungsbedürftig erkannt war und ist, hat die Besserung doch überdauert – beiderseits. Das ändert aber nichts an den Fakten: Nirgends gibt es – weder Ost noch West – ein Alles oder Nichts. Die Kanzlerin bestimmt die Richtlinien der Politik und nicht ihr Kabinett. Nicht DAX-Standorte bestimmen die Qualität einer Marke, sondern die Tüchtigkeit der Belegschaften. Wer da statt Vorurteilen Realitäten betrachtet, weiß, dass man und frau sich längst angewöhnt haben, sich alles je nach Standort schön oder schlecht zu reden.

Wer ehrlich ist, wird sich nicht scheuen, die deutsche Einheit aus 1989/90 als „Wunder der Geschichte“ zu bezeichnen statt sich über Geschichtsklitterung zu wundern. Dank der Wiedervereinigung präsentiert sich unser Vaterland als einmalig. Einmaliges hat Modellcharakter. Das Modellhafte gilt es zu beschreiben und lebendig zu halten. Einmaliges enthält aber auch Korrekturbedarf, dessen Notwendigkeit immer wieder aufs Neue festgestellt und, wo möglich, auch abgearbeitet werden muss. In einem Land, das 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die Qualitätsreihung neu und vermischt schreiben kann, sind die Maßstäbe alles andere als einseitig gesetzt. Müller-Vogg macht bewusst, dass wir längst Gewinner und Verlierer identifizieren (können). Die Linke und die AfD nehmen sich der Letzteren an und propagieren ein weiteres Mal, was schon so oft nicht „funktioniert“ hat: Die Gleichschaltung aller ebenso wie die Ausgrenzung missliebiger Gruppen. Nicht das Trennende schafft Stabilität, sondern das Verbi(ü)ndende. Das lässt sich bei Müller-Vogg nachlesen. Deshalb empfehle ich die Lektüre seines Vortrages, dann auch das letztlich persönliche Exempel, das der Nachvollzug eines Kommentars des Politologen Patzelt nahebringt: Arnold Vaatz, heutiger MdB und vormaliger Umweltminister in der sächsischen Nachbarschaft – zeitgleich mit Angela Merkel und mir im Amt des Umweltministers – hält mit seinen Meinungen nicht hinter dem Berg und sich inhaltlich stets auf dem Stand der Zeit; dafür wird er angefeindet, ausgeladen, abgeschrieben, weil er in grünroten Zeiten das Prinzip des Querdenkens aufrecht erhält. Das kann modische Zeitgeisttheorie nicht leiden und grenzt aus. Umso wichtiger ist es, dass wir auf die Tatsache aufmerksam machen und so zum Mitdenken, da und dort auch zum Abwehren erziehen!

Angenehme und Nachdenklichkeit sichernde Lektüre allseits!

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Nüchtern gesehen:

Auferstanden aus Ruinen – Erfolgsgeschichte Deutsche Einheit

Vortrag von Dr. Hugo Müller-Vogg beim Festakt der Stadt Bad Homburg am 3. Oktober 2020

„Im Schatten des Brandenburger Tores (...) kam es zu erschütternden Szenen. Wildfremde Menschen fielen sich schluchzend in die Arme. Älteren Leuten, die an einen Eintritt dieses Ereignisses zu ihrer Lebzeit nicht mehr geglaubt hatten, rannen die Tränen über die Wangen. Junge Menschen schlängelten sich freudetanzend in langen Girlanden durch die Menge.“

Nein, das stammt nicht aus einem Zeitungsbericht vom 4. Oktober 1990. Das Zitat ist elf Jahre älter und stammt von einem Schriftsteller, dem Japaner Masanori Nakamuri. Der beschrieb 1979 in seinem Polit-Thriller „Operation Heimkehr“ eine – frei erfundene – dramatische Zuspitzung des Ost-West-Konflikts, in deren Verlauf Ost-Berlin und Bonn sich auf Kosten der Sowjetunion einigen – und vereinigen. Nakamuri wurde damals von Journalisten gefragt, weshalb er ein derart wirklichkeitsfernes „happy end“ erfunden habe. Seine verblüffende Antwort: „Ich wollte den Deutschen die Wiedervereinigung wenigstens als Phantasieprodukt schenken, nachdem niemand mehr ernsthaft daran glaubt.“

Nakamuris „Phantasieprodukt“ ist 1990 Wirklichkeit geworden.

Die friedliche Revolution von 1989/90, die Erringung der Freiheit für 16 Millionen Deutsche, war eine der großartigsten Leistungen in der deutschen Geschichte. Wenn das kein Grund zum Feiern ist, was dann?

Als Bürger feiere ich da gerne mit. Allerdings ist der 3. Oktober für mich persönlich auch mit der Erinnerung an eine verlorene Wette verbunden – an eine teure verlorene Wette.

Im Sommer 1984 hatte ich mit einem Manager aus der Stahlindustrie zusammengesessen. Der stellte die These auf, es werde innerhalb der nächsten zehn Jahre zur Wiedervereinigung kommen. Ich widersprach. Nicht, weil ich die Einheit aufgegeben hatte, im Gegenteil. Aber auch mir fehlte die Phantasie, wie sie zustande kommen sollte. Folglich schlug ich in die angebotene Wette ein – 12 Flaschen Champagner.

Mein Wettpartner hatte große Erfahrung im Osthandel. Seinen Optimismus in Bezug auf die Wiedervereinigung begründete er so: Der Osthandel beruhe in erster Linie auf „Barter-Deals“, also auf Tausch-Geschäften. Nicht Ware gegen Geld, sondern Ware gegen Ware. Früher hatte er Röhren gegen Maschinen geliefert, später Röhren gegen Motorräder, dann Röhren gegen Werkzeuge und 1984 Röhren gegen Handtücher und Socken. Sein Fazit: Der Ostblock ist wirtschaftlich am Ende und die Sowjetunion ist wirtschaftlich zu schwach, ihre Satelliten viel länger zu unterstützen. Deshalb werde Gorbatschow die DDR ebenso wie andere Ostblockstaaten sich selbst überlassen – und das sei die Chance für die Wiedervereinigung.

Der Mann hat Recht behalten. Und ich habe selten Wettschulden so freudig beglichen wie im Jahr 1990.

1989/90 wehte der „Wind of Change“

Der „Wind of Change“ ist mitentfacht worden von den Bürgerrechtlern, die im Herbst 1989 das SED-Regime in die Knie gezwungen haben. Die hatten Mut. Sie wussten nicht, ob der Stasi-Staat kampflos abdanken würde. Aber sie hatten das Glück, dass der Kreml – anders als 1953 – keine Panzer schickte, um die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei blutig zu verteidigen. Sie hatten das Glück, dass Gorbatschow seine Einflussphäre nicht um jeden Preis behaupten wollte. Übrigens: In Belarus erinnert derzeit vieles an die Endphase der DDR. Nur genießt Lukaschenko das, was Egon Krenz nicht hatte – die Rückendeckung Moskaus.

1989/90 nutzte Helmut Kohl die Gunst der Stunde. Die Regierung Kohl/Genscher hatte diese Situation nicht herbeigeführt, aber sie erkannte diese einmalige Chance. Denn den Mantel der Geschichte – um dieses Bild aufzugreifen – kann nur ergreifen, wer ihn auch ergreifen will. Die Chance zur Wiedervereinigung nutzen konnte nur, wer dieses Ziel noch nicht aufgegeben hatte. Das bleibt das historische Verdienst des Kanzlers der Einheit. So wie es das historische Verdienst Willy Brandts bleibt, mit der neuen Ostpolitik den Weg von der Konfrontation zur Koexistenz zwischen Ost und West geebnet zu haben.

Die Mauer in den Köpfen ist noch nicht ganz verschwunden

Nach dem Fall der Mauer kursierte in der alten Bundesrepublik ein Witz: "Sagt der Ossi zum Wessi: Wir sind ein Volk. Antwortet der Wessi kühl: Wir auch." Darin steckte mehr als ein Körnchen Wahrheit. Die Bürger der BRD und die Bürger der DDR trennte doch viel mehr, als die meisten wohl gedacht hatten. Und diese Mauer in den Köpfen ist keineswegs völlig beseitigt.

Das Zusammenwachsen des seit vier Jahrzehnten geteilten Landes hatten sich viele im Westen viel einfacher vorgestellt. Ich bin da keine Ausnahme. Ich bin wie so viele davon ausgegangen, ohne Mauer und ohne SED würden die beiden Teile Deutschlands wieder schnell zusammenwachsen, würde die D-Mark zu einem zweiten Wirtschaftswunder im Osten führen, würden sich die Lebensverhältnisse in wenigen Jahren annähern und angleichen. Namhafte Ökonomen waren damals von etwa zehn Jahren ausgegangen. Aber es kam anders.

Wir hatten nicht erkannt, wie unterschiedlich die Ausgangslagen westlich und östlich der Mauer waren. Wir hatten nicht erkannt, wie sehr sich Ost- und Westdeutsche in Bezug auf Mentalität und Befindlichkeit unterschieden.

Für einen Westdeutschen ohne DDR-Verwandten hatte ich relativ viel von der DDR gesehen. War häufig in Ostberlin gewesen, regelmäßig auf der Leipziger Messe, hatte private Einladungen angenommen. Aber mir war nicht bewusst,

- dass die Ostdeutschen durchaus stolz waren auf das, was sie erreicht hatten;
- dass manche Errungenschaften des real existierenden Sozialismus dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen durchaus entgegenkamen.
- Ich hatte nicht angenommen, dass das Leistungsgefälle zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Wirtschaft noch viel größer war, als die Statistiken das zeigten.
- Schließlich hätte ich niemals gedacht, dass die SED-Kader und ihre Nachfahren nach dem Mauerfall politisch noch so viel Einfluss behalten würden.
- Dass die Verlierer der Einheit ihr Kreuz bei der Linken alias PDS alias SED machen, ist eigentlich logisch. Aber es war und ist erstaunlich, dass junge Leute, die den real existierenden Sozialismus nie erleben und nie erleiden mussten, von sozialistischen Utopien träumen.
- Wenigstens darin habe ich mich 1990 nicht geirrt: Selbst die Mehrheit der Linke-Wähler will die Honecker-DDR nicht mehr zurück.

Ja, die Ostdeutschen waren ein Volk – und wir im Westen auch. Das führte zu vielen Missverständnissen, zu Überheblichkeit in den alten und zu Minderwertigkeitsgefühlen in den neuen Ländern.

Stolz auf manche Errungenschaft der DDR

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Dieser Staat musste seine Bevölkerung einsperren, damit sie dem "sozialistischen Paradies" nicht entfliehen konnte. Aber die Bürger der DDR haben trotz dieser widrigen "Rahmenbedingungen" kein sinnloses Leben geführt. Sie haben im Vergleich zu Ostblockstaaten wie Polen oder Ungarn ihr eigenes kleines Wirtschaftswunder zustande gebracht. Sie haben im Sport und in manchen wissenschaftlichen Disziplinen Weltniveau erreicht. Dass sie darauf auch nach dem Fall der Mauer weiterhin stolz waren und stolz sind, liegt eigentlich nahe.

Die Bürger der DDR genossen keine nennenswerten Freiheiten. Wer das System in Frage stellte und öffentlich kritisierte, gefährdete seine Freiheit. Wer seine Religion ausüben wollte, machte sich beim Regime verdächtig. Der Lebensstandard war viel niedriger, die Lebenserwartung deutlich geringer als im Westen, die Umwelt verschmutzt und verpestet. Dennoch bedauern viele, dass der Staat heute nicht mehr jedem einen Arbeitsplatz garantiert.

Ich bin fest davon überzeugt, dass ein marktwirtschaftliches System dem Ziel "Wohlstand für alle" viel näherkommt als eine von Parteifunktionären organisierte Staatswirtschaft. Inzwischen kann ich jedoch besser verstehen als vor 30 Jahren, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen die Sicherheit eines schlecht bezahlten Arbeitsplatzes verlockender findet als die Chancen einer Wettbewerbswirtschaft. In einer Wettbewerbswirtschaft winkt den besonders Tüchtigen ein größeres Stück des Kuchens. Denn das muss man auch sehen: Wenn die Armut mehr oder weniger gleich verteilt ist – von der privilegierten Funktionärskaste mal abgesehen -, dann fühlen sich diejenigen besser, die im Leistungswettbewerb mithalten können oder wollen. Wenn alle gleich arm sind, gibt es eben keine Verlierer.

Ungeachtet des Könnens und des Fleißes vieler ihrer Bürgerinnen und Bürger hat die DDR nur eine überschaubare Menge wettbewerbsfähiger Industrieprodukte hergestellt. Es gab praktisch keine Konsumgüter „made in GDR“, die irgendjemand außerhalb des Ostblocks gerne gekauft hätte. Mit ihrer Unterhaltungselektronik, ihren PCs, ihren Haushaltsgeräten und gar ihren Pkws war die DDR außerhalb des Ostblocks nicht wettbewerbsfähig.

Doch die Statistiken sagten etwas anderes: Die DDR lag weltweit unter den zehn leistungsfähigsten Industrieländern auf Platz acht. Dass diese wirtschaftlichen Kennzahlen aus Ostberlin mehr oder weniger gefälscht waren, haben wir erst nach

dem Mauerfall bemerkt. Deshalb war das Erstaunen auch so groß, dass viele DDR-Betriebe nach der Wende keine Überlebenschancen hatten. Die DDR-Wirtschaft war ein einziger großer Sanierungsfall. Die Annahme, die Vereinigung würde die Bundesrepublik wirtschaftlich stärken, war deshalb einer der größten Irrtümer. Die Sorgen des Auslands vor einer wirtschaftlich übermächtigen, vergrößerten Bundesrepublik waren unbegründet.

Die DDR war pleite

Vollbeschäftigung, freie medizinische Versorgung und niedrige Mieten – das waren die viel gerühmten Errungenschaften des real existierenden Sozialismus. Doch die Vollbeschäftigung wurde erkaufte durch eine niedrige Produktivität. Man kann das auch so ausdrücken: In der DDR waren alle beschäftigt, aber nicht alle hatten Arbeit. Und der Zustand vieler Wohnungen war so, dass sie nach westdeutschen Maßstäben nicht bewohnbar waren.

Die Misere der DDR-Wirtschaft lässt sich an einigen wenigen Zahlen festmachen:

- Die Arbeitsproduktivität der DDR lag im Jahr 1988 bei etwa 20 bis 25 Prozent des Westens.
- Fast die Hälfte der Produktionsanlagen war verschlissen.
- Die Devisenreserven der DDR waren so geschrumpft, dass sie 1989 nur noch 35 Prozent ihrer Westimporte und nur noch 35 Prozent ihrer Zins- und Tilgungsleistungen finanzieren konnte.

In ihrer Not verkaufte die DDR selbst Kunstgegenstände gegen Devisen. Ja, sogar Kopfsteinpflaster wurden herausgerissen und als nostalgischer Straßenbelag im Westen zu Geld gemacht.

Mit anderen Worten: Die DDR war pleite. Ohne die Währungsunion im Juli 1990 wäre die DDR zahlungsunfähig gewesen. Lothar de Maiziere sagte später, er sei zwar zum Ministerpräsidenten gewählt worden. In Wirklichkeit habe er aber das Amt eines Konkursverwalters übernommen.

Privates Glück im Unrechtsstaat

Die DDR war ein Unrechtsstaat und ein Armenhaus. Aber auch dort lebten glückliche Menschen. Wer sich damit abgefunden hatte, sich politisch nicht frei äußern zu dürfen, wer seine Religion ohnehin nicht praktizieren wollte, wer nicht darunter litt, nicht ins westliche Ausland reisen zu dürfen, der konnte sein privates Glück durchaus finden und genießen.

Kein Wunder, dass bei den Ostdeutschen im Blick zurück viele positive Erinnerungen sehr präsent sind – an Familie und Freunde, an einen nicht gerade gut bezahlten, aber sicheren Arbeitsplatz, an eine Gesellschaft, in der es weniger Wettbewerb,

weniger Ungleichheit und weniger Neid gab – vom Klassenunterschied zwischen der SED-Nomenklatura und den Werktätigen einmal abgesehen. Es ist im Übrigen menschlich, dass wir uns an das Positive besser erinnern als an das Negative. Wir wären alle ein Fall für die Couch, wenn wir alles Schlimme, das uns jemals widerfahren ist, ein Leben lang mit uns herumschleppten.

Offiziell pries sich die DDR als klassenlose Gesellschaft: Beim Umtausch der Ost-Mark in die D-Mark mussten jedoch alle Konten offengelegt werden. Da stellte sich heraus, dass 10 Prozent der Konteninhaber 60 Prozent des Geldvermögens besaßen. Auch in der DDR waren halt nicht alle gleich. Nur waren die Privilegien dort eher durch die politische Stellung begründet als durch unternehmerische Fähigkeiten oder Erbschaften.

Einwanderer im eigenen Land

Wir haben nicht nur die Befindlichkeit der Ostdeutschen falsch eingeschätzt. Wir im Westen haben auch nicht erkannt, welche große Anpassungsleistung den Menschen abverlangt wurde. Die Ostberliner, Leipziger oder Dresdner wurden nach 1989/90 quasi über Nacht zu Einwanderern im eigenen Land. Nichts war mehr wie vorher. Das betraf das Arbeitsleben wie die medizinische Versorgung und nicht zuletzt die staatlich oder betrieblich organisierten Freizeit- und Urlaubsangebote. Betreute Menschen mussten selbständig werden, Wettbewerb wurde zu einem wichtigen Element des Lebens.

Offenkundig haben wir nicht geahnt, wie schwer es vielen Menschen fällt, sich von einer Gesellschaft der mehr oder weniger Gleichen auf ein System umzustellen, in dem es nicht zu jedem Zeitpunkt Arbeit für alle gibt. Ein System, in dem plötzlich große Unterschiede sichtbar werden – zwischen denen, die mehr leisten oder schlichtweg Glück haben, und denen, die weniger leisten, weniger leisten können oder schlichtweg Pech haben. Man muss das ganz nüchtern sehen: Wenn sich jemand in der Leistungsgesellschaft nicht zurechtfindet, dann schiebt er das gerne auf das System. Da erstrahlt dann der graue DDR-Alltag auf einmal in hellem nostalgischem Licht.

Genau an diese nostalgische Verbundenheit vieler Menschen mit „ihrer DDR“ appellieren die Gysis und Bartschs, wenn sie die real existierende Unmenschlichkeit des SED-Regimes verharmlosen und die wirtschaftlichen Probleme nicht in erster Linie auf 40 Jahre Planwirtschaft zurückführen, sondern auf den Kapitalismus im Allgemeinen und die Treuhand im Besonderen. Zweifellos hat die Treuhand nicht

alles richtig gemacht. Aber nicht die Treuhand hat die volkseigenen Betriebe ruiniert; das hatte die DDR selbst besorgt.

Wie sähe die DDR heute wohl ohne Vereinigung aus?

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Der Hinweis auf Schwierigkeiten bei der Vollendung der Einheit besagt nicht, dass die Wiedervereinigung – alles in allem – keine Erfolgsgeschichte wäre. Im Gegenteil.

Wer heute durch die neuen Länder fährt, der kann dort unschwer blühende Landschaften erkennen, um eine viel strapazierte Formulierung aufzugreifen. Nein, nicht alles blüht. Und an manchen Stellen muss noch zusätzlich gesät und gedüngt werden.

Bei allen Vergleichen zwischen den alten und neuen Ländern sollte man sich nicht allein auf wirtschaftliche und soziale Kennziffern stützen. Man muss sich immer vorstellen, wie es heute in der ehemaligen DDR aussähe, wenn die Modrows die Chance bekommen hätten, mit westdeutschem Geld den Sozialismus zum x-ten Mal neu zu erfinden.

Es gab 1989/1990 ja nicht wenige, die eine neue DDR anstrebten, eine DDR mit menschlichem Antlitz. Endlich einen „richtiges“, „wahres“ sozialistisches System als Gegenmodell zur alten, angeblich kapitalistischen BRD – das war der Traum der Linken östlich wie westlich des ehemaligen Todesstreifens.

Dazu ist es nicht gekommen. Die Ostdeutschen hatten bei der ersten freien Volkskammer-Wahl im März 1990 die Chance, die Weichen zu stellen. Und sie haben sie gestellt – in Richtung Schwarz-Rot-Gold, nicht in Richtung dunkelrot. Nicht in Richtung eines reformierten Sozialismus, sondern in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft.

Das Ergebnis ist bekannt:

- Die Wirtschaftskraft der neuen Länder einschließlich Berlin beträgt 79 % des gesamtdeutschen Durchschnitts. Was für ein Fortschritt gegenüber den etwa 30 % vor dreißig Jahren.
- Die Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern ist auf westlichem Niveau.
- Wer jemals mit dem Auto durch die DDR gefahren ist, der wähnt sich heute in einem anderen Land. Das gilt für die Telekommunikation ebenso wie für die soziale Infrastruktur, für Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime.
- Gewinner der Einheit sind auch die Rentner. Der ostdeutsche Rentnerhaushalt bezieht im Durchschnitt eine höhere gesetzliche Rente als der westdeutsche, weil in der DDR mehr Frauen berufstätig waren als in den alten Bundesländern.

Der größte Erfolg: Freiheit für alle

Aber jenseits aller materiellen Fortschritte ist das Kapitel „Freiheit“ das allerwichtigste in der Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung. Wir erleben im Zusammenhang mit Corona, dass elementare Grundrechte plötzlich eingeschränkt werden: das Recht auf Freizügigkeit, die Versammlungsfreiheit, das Demonstrationsrecht, die Gewerbefreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre oder die Religionsfreiheit, wenn wir an die zu Ostern geschlossenen Kirchen denken.

Wenn die DDR-Bürger vor 1989 mit denselben Regelungen konfrontiert worden wären, wie wir alle seit März, hätten sie diese nicht als Einschränkung beklagt, sondern als Freiheitsgewinn begrüßt. Und wenn heute auch in den neuen Ländern gegen Corona-Einschränkungen demonstriert wird, dann ist das – ungeachtet der Qualität mancher Argumente – der Beleg, dass die Einheit in Freiheit Realität geworden ist.

Natürlich haben wir in Ost und West nicht die gleichen Lebensverhältnisse. Aber die haben wir in der alten Bundesrepublik auch nicht. Den Menschen im Rhein-Main-Gebiet oder in München geht es besser als denen im Ruhrgebiet oder in Bremen. Aber wie sehr der Osten aufholt, zeigt sich daran, dass Sachsen und Brandenburg das Saarland bei der Wirtschaftskraft überholt haben.

Linke und AfD bedienen die Enttäuschten

Eines macht dennoch nachdenklich: 57 % der Ostdeutschen fühlen sich noch immer als Bürger zweiter Klasse. Die meisten haben verdrängt, wie ihre wirtschaftliche Lage vor dreißig Jahren war – von den eingeschränkten Freiheiten ganz zu schweigen. Viele halten es für ungerecht, dass sie – anders als die Westdeutschen – keine nennenswerten Vermögen aufbauen konnten und auch beim Erben viel schlechter abschneiden. Davon profitieren zwei Parteien, die – mit unterschiedlichen Argumenten – das Minderwertigkeitsgefühl der Ostdeutschen bedienen: die Linke und die AfD.

Bei nüchterner Betrachtung muss man feststellen, dass der Zuspruch zu Demokratie und Rechtsstaat im Osten schwächer ausgeprägt ist als im Westen, dass der Staat und seine Institutionen im Westen mehr respektiert werden als im Osten, dass Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern weiter verbreitet sind als in den alten.

Darüber zu jammern, hilft aber nicht weiter. Das muss vielmehr alle demokratischen Kräfte motivieren, denen entschieden entgegenzutreten, die eine andere Republik propagieren, die Demokratie verächtlich machen, den Rechtsstaat verhöhnen, Hass

predigen, völkische Parolen verbreiten, antisemitische Hetze betreiben und so den Boden für Gewalttaten vorbereiten.

Politische Gewalt ist kein ostdeutsches Thema, politische Gewalt ist ein gesamtdeutsches Thema. Und im Kampf dagegen kann es für Demokraten keinen Unterschied geben zwischen rechtsextremistischen und linksextremistischen Motiven und Taten. Es gibt eben keine gute und keine schlechte Gewalt. Denn Gewalt und Demokratie schließen sich prinzipiell aus.

Lieber Einheit mir Mängeln als perfekte Teilung

Das vereinte Deutschland steht 30 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 gut da. Wir brauchen Vergleiche mit anderen westlichen Demokratien nicht zu scheuen. Und wenn wir auf die Pandemie und ihre Folgen schauen, kann ich nur sagen: Ich möchte gerade jetzt in keinem anderen Land leben.

Wir Deutsche neigen bekanntlich dazu, ein halb-gefülltes Glas nicht als halb-voll, sondern stets als halb-leer bezeichnen. Aber der Satz von Willy Brandt aus dem Jahr 197, „Deutsche, wir können stolz sein auf dieses Land“, ist unverändert aktuell.

Die Älteren können sich noch an den ursprünglichen „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni erinnern. Damals gedachten wir der Opfer des gescheiterten Volksaufstands von 1953 und sprachen über die Probleme der Trennung. Heute sprechen wir am 3. Oktober über die noch nicht auf allen Gebieten vollendete Vereinigung.

Ich lebe lieber in einem vereinten Land mit Problemen als in einem geteilten Land. Oder anders ausgedrückt: Die Schwierigkeiten unseres vereinten Landes sind mir allemal lieber, als es die Probleme eines immer noch geteilten Deutschlands wären.

Wenn das kein Grund zum Feiern ist, was dann?

WERNER PATZELT ÜBER DEN VAATZ-BOYKOTT

Das Imperium schlägt zurück

<https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/zum-boykottaufruf-gegen-arnold-vaatz-das-imperium-schlaegt-zurueck/>

Sprachregime – Die Macht der politischen Wahrheitssysteme

VON JOSEF KRAUS

[HTTPS://WWW.TICHYSEINBLICK.DE/FEUILLETON/BUECHER/SPRACHREGIME-DIE-MACHT-DER-POLITISCHEN-WAHRHEITSSYSTEME/](https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/buecher/sprachregime-die-macht-der-politischen-wahrheitssysteme/)